

Working Group V

Working document 6

Gruppe V "Ergänzende Zuständigkeiten"

Vermerk des Dr. Joachim Wuermeling, Mitglied des Europäischen Parlaments

Ergänzende Kompetenzen als Teil der EU-Zuständigkeiten
Arbeitspapier für die Arbeitsgruppe ergänzende Kompetenzen
Baustein für Verfassungsvertrag

Titel x Kompetenzen

Abschnitt I Allgemeines

Art. A Grundsätze

- (I) Die Europäische Union verfügt nur über die Kompetenzen, die ihr in diesem Verfassungsvertrag ausdrücklich zugewiesen sind. Im Übrigen verbleiben die Zuständigkeiten bei den Mitgliedstaaten.

- (II) Die Ausübung der europäischen Kompetenzen erfolgt unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und der Verhältnismäßigkeit. Danach wird die Gemeinschaft nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten und Regionen und durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht ausreichend erreicht werden können. Die Maßnahmen gehen nicht über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrags erforderliche Maß hinaus.

- (III) Der Vollzug des EU-Rechts liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Die Möglichkeit der Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren bleibt unberührt. In Ausnahmefällen können im Bereich der Zuständigkeiten der Union Einzelfallentscheidungen der Europäischen Kommission übertragen werden.

Art. B Kategorien der Kompetenzen

Europäische Kompetenzen sind:

- Zuständigkeiten der Union (Abschnitt II)
- Geteilte Zuständigkeiten (Abschnitt III)
- Ergänzende Maßnahmen (Abschnitt IV)

I. Art. C „Christophersen-Clause“

The Union shall respect the national identities of its Member States, the constitutional and political structure, the regional and local responsibilities and the status of the churches and charity organisations.

Abschnitt II Zuständigkeit der Union

(...)

Abschnitt III Geteilte Zuständigkeiten

(...)

Abschnitt IV Ergänzende Maßnahmen

Art. A Definition

In bestimmten Bereichen der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten kann die Union unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung die Förderung der Ziele der Mitgliedstaaten durch Maßnahmen ergänzen.

Art. B Bereiche

(I) Ergänzende Maßnahmen können in folgenden Bereichen erfolgen:

- (a) Bildung
- (b) Kultur
- (c) Gesundheit
- (d) Verbraucherschutz
- (e) Industriepolitik
- (f) Forschung und Entwicklung
- (g) Beschäftigung

(II) Das Handeln der Union auf der Grundlage anderer Zuständigkeiten bleibt unberührt, soweit Ziele und Schwerpunkt der Maßnahmen in diesen Bereichen liegen.

(III) Ergänzende Maßnahmen können auch im Bereich der geteilten Zuständigkeiten ergriffen werden.

Art. C Instrumente

(I) Die ergänzenden Maßnahmen umfassen die Förderung von

- Grenzüberschreitende Kooperation oder von Projekten europaweiter Bedeutung
- europaweitem Erfahrungsaustausch und Benchmarking
- Freiwilliger Kooperation

(II) Förderprogramme bedürfen einer Rechtsgrundlage, die im Verfahren nach Art. ...
(Mitentscheidungsverfahren) beschlossen wird.

[Artikel kann entfallen, wenn Instrumente allgemein geregelt werden, wie in Titel y
vorgeschlagen.]

A. Art. D Bildung

(...)

Art. B Kultur

(...)

Art. C Gesundheit

(...)

Art. D Verbraucherschutz

(...)

Art. E Industriepolitik

(...)

Art. F Forschung und Entwicklung

(...)

Art. G Beschäftigung

(...)

a) Titel y Instrumente

Art. A Handlungsformen

(I) Die Europäische Union handelt durch Harmonisierung, gegenseitige Anerkennung, Ergänzung, Förderung und Kooperation.

(a) Bei Harmonisierung setzt die Union Standards durch Rechtsnormen.

(b) Gegenseitige Anerkennung ermächtigt die Union, die Mitgliedstaaten zu verpflichten, Rechtsnormen und Verwaltungsakte wechselseitig anzuerkennen.

(c) Ergänzung erlaubt die gemeinschaftliche Regelung grenzüberschreitender Aspekte mitgliedstaatlicher Zuständigkeiten.

(d) Förderung erlaubt die finanzielle Unterstützung.

(e) Kooperation ermächtigt die Union zur Organisation des Informations- und Erfahrungsaustausches sowie zu Leistungsvergleichen.

2. Art. B Rechtsinstrumente

Die Union stehen zur Umsetzung der vorstehenden Handlungsformen folgende Rechtsinstrumente zur Verfügung:

(a) Gesetzgeberisches Handeln

(1) Verordnungen/Gemeinschaftsgesetze haben unmittelbare Geltung. Sie sind in allen ihren Teilen verbindlich und gelten unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

(2) Richtlinien/Rahmenbestimmungen sind für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet sind, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlassen jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.

- (3) Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.

(b) Sonstiges Handeln

- (1) Programme bestimmen die Bedingungen und Durchführung von Fördermaßnahmen der Union.
- (2) Vollzug ermächtigt die Union, ihre legislativen Vorgaben selbst auszuführen und sich hierzu die erforderlichen Verwaltungsvorschriften zu geben.
-